

„Verstörendes, pflichtwidriges Handeln“

Dokumentation des Sondergutachtens zum Fall des Kölner Priesters und Sexualstraftäters Nikolaus A.

VON JOACHIM FRANK

In den Diskussionen über die Vertuschung und Verharmlosung von Missbrauchsfällen in der katholischen Kirche spielt für das Erzbistum Köln der Fall des Priesters und Sexualstraftäters Nikolaus A. eine zentrale Rolle. Kardinal Rainer Woelki beklagt eine „jahrzehntelange Aneinanderreihung schwerer Fehler“ und richtet damit massive Vorwürfe an die Bistumsführungen unter seinen Vorgängern Joseph Höffner und Joachim Meisner.

In den Fall involviert waren allerdings nicht nur Bischöfe und andere führende Würdenträger in Köln, sondern auch in den Bistümern Münster und Essen, zwischen denen der heute 87 Jahre alte A. im Lauf seiner Priesterkarriere mehrfach hin und her wechselte. Das gehört zu den besonderen Abgründigkeiten dieses Falls.

Im Frühjahr 2019 ließ der damalige Interventionsbeauftragte des Erzbistums, Oliver Vogt, auch im Auftrag der Bistümer Münster und Essen ein Rechtsgutachten zu der Frage erstellen, „inwieweit das Handeln der Verantwortlichen der betroffenen Bistümer als pflichtgemäß anzusehen ist“. Ihre Befunde und Bewertungen übermittelte die Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl dem Erzbistum am 1. August 2019.

In Köln liegt das 14-seitige Dokument seitdem unter Verschluss. Es sollte aber zusammen mit dem Gesamtgutachten derselben Kanzlei zum Umgang des Erzbistums mit Fällen sexuellen Missbrauchs im März 2020 publiziert werden. Kurz vor diesem Termin wurde das Vorhaben von Kardinal Woelki auf Eis gelegt und Ende Oktober schließlich komplett gestoppt. Als Grund gab das Erzbistum angebliche methodische Mängel an.

Mit dem Aus für das Gesamtgutachten sollte offenbar auch das vorgezogene Sondervotum zum Fall A. in der Schublade verschwinden. Während das Bistum Essen in der vorigen Woche eine eigene Arbeit insbesondere für die Zeit veröffentlichte, in der sich A. dort aufhielt, weigert sich das Erzbistum Köln, das unter seiner Federführung erstellte Gutachten der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Am 19. November teilte das Bistum Münster demgegenüber mit, es würde die Publikation begrüßen.

Der „Kölner Stadt-Anzeiger“ hat sich entschlossen, das ihm vorliegende Dokument im Wortlaut verfügbar zu machen, weil daraus sowohl der Ablauf der Ereignisse und die Pfarrer A. zur Last gelegten Straftaten als auch das Vorgehen der verschiedenen Bistumsleitungen sowie die konkret gegen sie gerichteten Vorwürfe hervorgehen, die Kardinal Woelki zuletzt nur in allgemeiner Form formuliert.

Die im Gutachten genannten Namen und Funktionen wurden dort unkenntlich gemacht, wo es sich um nachgeordnete Amtsträger handelt, die als Personen und mit ihrer Verantwortung nicht im Licht der Öffentlichkeit standen oder stehen. Die mit Namen genannten, noch lebenden Funktionsträger wurden mit den Inhalten des Gutachtens konfrontiert und sie um Stellungnahme gebeten. Die früheren Generalvikare Norbert Feldhoff und Dominikus Schwaderlapp



Durch das Südquerhausfenster von Gerhard Richter fällt Licht in den Kölner Dom.

Foto: Max Grönert

(heute Weihbischof in Köln) haben mitgeteilt, dass sie sich derzeit zu den Sachverhalten nicht äußern möchten. Schwaderlapp wies auf das Ergebnis der für März 2021 angekündigten unabhängigen Untersuchung hin, der er „nicht vorgreifen“ wolle.

Das Gutachten, aus dem im Folgenden zitiert wird, listet chronologisch die sexuellen Vergehen an Kindern und Jugendlichen durch Pfarrer A. seit seiner Kaplanszeit in Köln-Weidenpesch Anfang der 1960er Jahre bis in die 1980er auf, die zu wiederholten Interventionen der Bistumsleitungen unter Kardinal Höffner und Kardinal Meisner führten, aber auch zu einer mehrmaligen Verurteilung durch die staatliche Justiz.

Nach seiner ersten Verurteilung 1972 zu einer 18-monatigen Haftstrafe durch das Amtsgericht Köln saß A. in der JVA Münster ein und nahm in dieser Zeit Kontakt unter anderem mit Ortsbischof Heinrich Tenhumberg auf. 1973 erreichte A. mit einem Gnadengesuch die Aussetzung der Freiheitsstrafe zur Bewährung.

„Verstörend mit Blick auf den weiteren Verlauf des Geschehens ist, dass der damalige Generalvikar [Peter] Nettekoven [Erzbistum Köln, d.Red.] im Hinblick auf das Gnadengesuch bekräftigt, kirchlicherseits werde dem A. eine Aufgabe außerhalb der Seelsorge zugewiesen und dafür gesorgt werden, dass dieser nicht mit Kindern und Jugendlichen zu tun hat.“

„Obwohl sowohl der Erzbischof [Höffner] als auch dessen Generalvikar von der Verurteilung des A. wegen sexueller Unzucht wussten, haben diese die Durchführung eines kirchlichen Strafverfahrens pflichtwidrig unterlassen.“

1988 wurde vom Landgericht Duisburg eine Freiheitsstrafe auf Bewährung „wegen sexueller Handlungen an insgesamt zwei zehn bzw. 13 Jahre alten Opfern, mehrheitlich jedoch an dem 10-jährigen Opfer“ gegen A. verhängt. Die Taten beging er im Rahmen einer Aushilfstätigkeit als Seelsorger in Moers (Bistum Münster).

„Erzbischof Meisner und Generalvikar Feldhoff, die davon Kenntnis hatten, [haben] ungeachtet dessen, dass es sich hierbei um das insgesamt dritte einschlägige Strafverfahren gegen Pfr. i.R. A. gehandelt hat und dessen fehlende Unrechtseinsicht zweifelsfrei dokumentiert war, wiederum pflichtwidrig sowohl auf jegliche Sanktionierung [...] kirchlicherseits als auch auf Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Kinder und Jugendlicher verzichtet.“

Nach einem zweieinhalbjährigen Einsatz als Altenseelsorger im Dekanat Köln-Lövenich wird A. am 1. April 2002 „seiner Bitte entsprechend aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt. Nach seiner Entpflichtung zieht A. nach Bochum und im Jahr 2015 in eine Seniorenresidenz in Essen um.“

2008 teilt der damalige Kölner Personalchef Stefan Heße, seit 2015 Erzbischof von Hamburg, einem Missbrauchsoffer auf dessen Hinweise zu Verdachtsfällen gegen A. und die Anfrage zum Kenntnisstand des Erzbistums über A. zu Beginn der 1970er Jahre „zumindest unvollständig mit, dass in der fraglichen Zeit lediglich aus der Personalakte hervorgeht, dass Kaplan A. zum 02.02.1964 in der Pfarrei St. Josef in Köln-Porz als Kaplan eingesetzt wurde. Während dieser Zeit wurden den Verantwortlichen keine diesbezüglichen

Beschwerden bekannt.“ Heße, so das Gutachten weiter, wäre verpflichtet gewesen, den ihm bekannt gewordenen Hinweis auf neue Verdachtsfälle „der vom Erzbischof beauftragten Person zur Kenntnis zu bringen. Dies ist allem Anschein nach aber nicht geschehen“.

Mit diesen Vorwürfen konfrontiert, verweist Heße mehrfach auf die Zuständigkeit seines damaligen Vorgesetzten, des früheren Generalvikars Schwaderlapp. Das Gespräch mit dem Betroffenen, so Heße, habe nicht er geführt, sondern der Ansprechpartner des Erzbistums für Missbrauchsfälle. Dieser wiederum habe Schwaderlapp schriftlich in Kenntnis gesetzt. Damit, so Heße, „waren aus meiner Sicht die zuständigen Dienststellen im Erzbistum Köln informiert“. Sein „ausführlicher Brief“ an den Betroffenen „im Auftrag des Generalvikars“ habe im Übrigen sehr wohl weiterführende Angaben zu A. enthalten, etwa zu dessen Verurteilung.

Das von Kardinal Woelki angestrebte kirchliche Strafverfahren ist nach Heßes Worten „positiv zu bewerten, legt aber den Schluss nahe, dass genau dies damals an verschiedensten Stellen versäumt worden ist“. Dies wiederum legt den Schluss nahe, dass Heße auf die Verantwortung unter anderem seines ehemaligen Chefs Schwaderlapp aufmerksam machen will. Für alle, die mit Kirchenhierarchie und Bistumsorganisation vertraut sind, liegt das auf der Hand: Was immer mit Priestern in Konflikten oder heiklen Situationen geschieht, ist Sache des Generalvikars. Allein: Der Name Schwaderlapp steht nicht in dem Münchner Gutachten, zumindest nicht in diesem.

Das Sondergutachten der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl zum Fall A. lesen Sie unter: www.ksta.de/gutachten

Das Essener Gutachten der Kölner Kanzlei axis zum Fall A. ist auf der Webseite des Bistums Essen (18. November) veröffentlicht: www.bistum-essen.de/pressemenue

4 FRAGEN AN:
Thomas Schüller

„Alles gehört an die Öffentlichkeit“

Herr Schüller, das Sondergutachten zu dem Kölner Priester und Sexualstraftäter A. ist nur ein kleiner Ausschnitt aus einem großen Ganzen. Worin sehen Sie das spezielle öffentliche Interesse?

Die Bedeutung dieses unter hohem Zeitdruck erstellten Sondergutachtens liegt darin, dass dem Kölner Kardinal schlagartig vor Augen gestellt wurde, welche Rechtsverstöße und Pflichtverletzungen seine Vorgänger und deren engste Mitarbeiter begangen haben. Das belegen nicht zuletzt Kardinal Woelkis jüngste Aussagen. Dieses Gutachten hat die heutigen Akteure aufgerüttelt und sie veranlasst, Pfarrer A. der kirchlichen Strafgerichtsbarkeit zuzuführen. Auf der Grundlage dieses Gutachtens hat Kardinal Woelki den Fall im Oktober 2019 der Glaubenskongregation in Rom gemeldet, die daraufhin – ungeachtet der längst eingetretenen Verjährung – einen Strafprozess gegen Pfarrer A. eröffnet hat.

Trotzdem hält das Erzbistum Köln den Text unter Verschluss. Gehört er überhaupt in die Öffentlichkeit?

Alles gehört an die Öffentlichkeit, was zur Aufklärung beiträgt. Gerade der Fall A. zeigt: Es ist höchste Zeit, dass bereits erstellte Studien das Licht der Öffentlichkeit erblicken, damit diese sich ein eigenes Urteil darüber bilden kann, was im Erzbistum Köln in den vergangenen Jahrzehnten los war.

Wie erklären Sie sich dann die ablehnende Haltung in Köln?

Das hat keine sachliche Rationalität. Man hat sich gegen wachsenden Druck aus der Kirche und auch von staatlicher Seite für das Verschanden in der Wagenburg entschieden. Nur insofern ist es dann konsequent, auch das Sondergutachten unter Verschluss zu halten, obwohl man mit wesentlichen Inhalten auch nach außen hin operiert. Kommunikativ und inhaltlich ist das desaströs. Es ist der Versuch von Gesichtswahrung nach dem Motto: „Wir waren stur, wir bleiben stur – und geben nichts heraus, bis ein neues Gutachten die Wahrheit ans Licht bringen wird.“

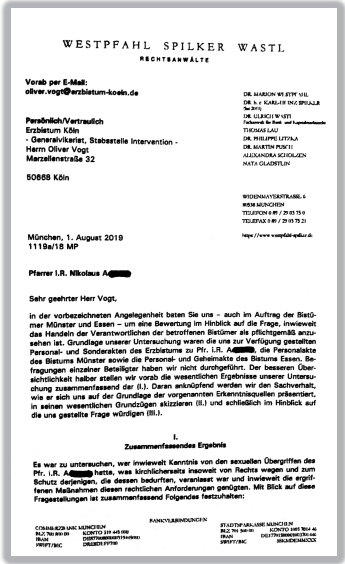
Das Sondergutachten gründet allein auf der – zum Teil sehr lückenhaften – Aktenlage. Ist diese Basis nicht zu schmal?

Im Prinzip ja. Nur hatte das Gutachten einen ganz bestimmten Zweck: eine sehr zeitnahe Prüfung der Fakten und eine Klärung der daraus folgenden rechtlichen Schritte. Der Kölner Kardinal hat auf den Befund dann ja auch umgehend reagiert.

Das Gespräch führte
Joachim Frank

ZUR PERSON

Thomas Schüller, geboren 1961, ist Professor für Kirchenrecht an der Universität Münster. Von 1993 bis 2009 leitete er die Stabsstelle für kirchliches Recht im Bistum Limburg. (jf)



In kirchlichem Auftrag erstellte die Münchner Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl 2019 ein 14-seitiges Sondergutachten zum Fall A.

„Auf jegliche Sanktionierung und auf Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Kinder und Jugendlicher verzichtet“

Sondergutachten



Kardinäle Joachim Meisner (l.) und Rainer Woelki 2014 Foto: dpa